

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK



ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER, VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Mittwoch, 29. Mai 1935

Nr. 125

Herausfordernde Rede Gömbös'

Budapest. (M.Z.) Bei der Behandlung des Etats des Außenministeriums ergriß Ministerpräsident Gömbös das Wort und erklärte, das wichtigste Ereignis der letzten Tage sei die Rede Hitlers gewesen.

Auf die Ungarn besonders interessierenden Fragen übergehend, zählte der Ministerpräsident als solche die Frage der Revision der Wiener Verträge, der Gleichberechtigung und jener wirtschaftlichen Probleme auf, die Ungarn infolge der Friedensverträge belasten. Wenn die gegenwärtigen Verhandlungen über die Ordnung in Europa nicht die Stabilisierung der gegenwärtigen Lage auf Grund der Ungerechtigkeit anstreben und wenn sie nicht gegen Ungarn gerichtet sind, so werde auch Ungarn gern an ihnen teilnehmen.

Sollte es sich aber um das Gegenteil handeln, nämlich darum, daß das französische Machtssystem gekräftigt und die Ungerechtigkeiten der Friedensverträge verewigt werden, dann könne ein ungarischer Staatsmann weder an dieser Verhandlung teilnehmen noch etwas unterzeichnen.

Solange die umliegenden Staaten die außenpolitische Verfolgung und die Verschlechterung der Atmosphäre fortsetzen, könnten sich die ungarischen Staatsmänner in jeder Beziehung nur auf den Standpunkt der Refraktiertheit stellen.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen sagte Gömbös, er fühle sich solidarisch mit Oesterreich und Italien und besitze Sympathien gegenüber Deutschland. Hinsichtlich aller dieser drei Richtungen stehe er aber auf realpolitischer Grundlage. Er glaube, daß die verschiedenen politischen Konventionen am Ende der Linie Warschau—Wien—Budapest—Rom, eventuell durch Berlin ergänzt, führen werden. Diese Linie könnte das Gleichgewicht und den Frieden sichern.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete könne man von Ungarn nicht erwarten, daß es für materielle Vorteile auf seine Rechte verzichte.

Wir wissen, daß wir des tschechischen Abnahmestandes bedürfen, ebenso wie die Tschechen des ungarischen Marktes. Aber man kann von uns keine Einigung oder eine Wirtschaftspolitik erwarten, welche mit dem Verzicht auf unsere politischen Forderungen oder mit dem Verlassen der Tränen der ungarischen Minderheiten (!) verbunden wäre. Wir sind gerne bereit, uns mit irgend einem unserer Nachbarn an den Verhandlungstisch zu setzen, aber sie müssen einsehen, daß man die Hände dieser auf eine tausendjährige Vergangenheit zurückblickenden Nation nicht auf die Dauer in Fesseln schlagen kann.

Ernst Garami gestorben

Aus Budapest kommt die Nachricht, daß in einem dortigen Spital Ernst Garami, einer der bekanntesten ehemaligen Führer der ungarischen Sozialdemokratie, einer Gehirnblutung erlegen ist. Garami gehörte nach der Revolution der Regierung Karolyi als Handelsminister an.

Garami stand im 59. Lebensjahre. Er war von Beruf Mechaniker. Nach seinem Eintritt in die sozialdemokratische Partei wandte er sich dem Journalismus zu, war Redakteur des sozialdemokratischen Parteiblattes „Népszava“ und Begründer der wissenschaftlichen ungarischen Monatschrift „Szocializmus“. Nach der Ausrufung der Proletarierdiktatur in Ungarn begab er sich in die Schweiz. Er kehrte nach Zusammenbruch der Nationalregierung nach Budapest zurück, ging dann nach Wien, wo er journalistisch und schriftstellerisch tätig war. Ein aus der Kätezeit gegen ihn laufendes Strafprozeß wurde im Jahre 1929 wiederbelegt. Ende 1929 kehrte Garami nach langer Abwesenheit wieder nach Budapest zurück. Da seine Ansichten über die politische Taktik der Sozialdemokratie Ungarns mit jener anderer Parteiführer nicht übereinstimmten, trat er aus der Partei aus. Er übersiedelte dann nach Berlin, wo er für den bürgerlichen Zeitungskongress „As Et“ tätig war.

In Ostpreußen Dienstpflicht bis zum 55. Lebensjahr!

Berlin. (M.Z.) Der Erfordernis der Wehrmacht auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht wird in Zukunft nach dem territorialen Prinzip gehandelt, d. h. die Wehrkreiskommandos erhalten ihren Erfordernis vornehmlich aus dem eigenen Wehrkreis zugewiesen. Diese Regelung ist für Ostpreußen, das von dem Mutterlande abgeschnitten und nur auf seine eigenen Kräfte angewiesen ist, besonders wichtig. Der Reichskriegsminister hat es für notwendig gehalten, die Wehrpflicht für die Bewohner Ostpreußens bis zum 55. Lebensjahr zu verlängern und außerdem zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht im Jahre 1935/36 noch einen zweiten Jahrgang, den Jahrgang 1910, heranzuziehen. Es ist beabsichtigt, in den folgenden Jahren mit dem Jahrgang 1915 den Jahrgang 1911, mit dem Jahrgang 1916 den Jahrgang 1912, mit dem Jahrgang 1917 den Jahrgang 1913 heranzuziehen.

Der Wahlkampf beginnt am Tage nach der Wahl

Hätten die „Führer“ der Sudetendeutschen Partei in unserer Republik etwas zu bestimmen, bestünde für sie die Möglichkeit, bitterdeutsche Totalitätsmethoden anzuwenden, sie würden keinen Augenblick zögern, den Einfluß in den Gemeinden an sich zu reißen. Sie würden den beiden Wahlgängen noch den dritten folgen lassen, sie würden alles daran setzen, den Totalitätsgedanken durchzusetzen, denn der alte Erfahrungssatz, daß jede Lawine Geröll im Gefolge hat, bewahrheitete sich auch hier wieder: die bürgerlichen Parteien, die Henlein zum Teil tolerierten, zum Teil mit ihm kollaborierten, mußten weitere Stimmen an ihn abtreten.

Glücklicherweise ist es nicht möglich, daß Henlein seine Macht ausüben kann. Der von

der Henleinbewegung beabsichtigten allgemeinen Gleichschaltung, der Zerstörung aller Kulturwerte, der propagierten Verletzung und Beschlagnahme, dem Raub des Arbeitereigentums, der Zerstörung und Plünderung der Genossenschaften, der Verletzung der Stellen in den von der organisierten Arbeiterschaft geschaffenen Einrichtungen durch unlauiere Elemente, läufliche Subjekte und Konjunkturritter, der Verletzung von Staatsstellen unter Assistenz staatlicher Nachmittell, der gewalttätigen Entfernung sozialdemokratischer Gemeindefunktionäre und der Zerstörung und Vernichtung der demokratischen Gemeindeparlamente, sind natürliche Grenzen gesetzt durch verfassungsmäßige Bestimmungen und sehr reale Machtverhältnisse des Staates.

Diese Feststellung enthält Verpflichtungen für unsere Partei, Parteifunktionäre und Parteigenossen. Soll der Einfluß der Parteifunktionäre und sollen ihre faschistischen Methoden in den Gemeinden verhindert werden, soll verhindert werden, daß nach reichsdeutschem Muster Elemente, deren Hände nicht sauber sind, sich zur Gemeindeverwaltung drängen, soll eine Parteivirtschaft der SHJ-Banden vermieden und die illatorische Herrschaft eines reaktionären Bürgertums unmöglich gemacht werden, muß von unseren Gemeindefunktionären unbedingt Ausdrücken auf ihren Posten verlangt werden. Es kann nicht angegeben, daß Genossen, die mit hohen Funktionen und großer Verantwortung durch die Partei bestraft wurden, der allgemeinen Putsch erliegen und Nachpositionen freigeben, die zu erlangen nicht leicht war, die aber wieder zu erobern ungleich schwerer sein würde. Dieses Verlangen fest aber voraus, daß alle übrigen Funktionäre und alle Parteigenossen die Vorhut bilden in der Abwehr verleumderischer Angriffe gegen unsere Spitzenfunktionäre in den Gemeinden, besonders gegen die parteigenössigen Gemeindefunktionäre.

Das ist ein wesentlicher Teil der Wahlvorbereitungen für die kommende Zeit. Die Rebellen zu zerstreuen, die Köpfe der Menschen von einer unheilvollen Putsch zu befreien, die Wähler von dem Delirium zu erwecken, in das sie durch die hakenkreuzlerische Propaganda verlegt wurden, das Gefährliche zu entfernen, das die Propagandisten der faschistischen Henleinfront bewußt um den Denapparat der politisch nicht geschulten und nationalistisch angehauchten Menschen legten, das ist eine der ersten Aufgaben, die der Wahlkampf und die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen erfordern.

Bergegenwärtigen wir uns: Der Wahlkampf zur Vernichtung unserer Partei, zur Verrückung aller sozialistischen Einflüsse wurde im Varnum-Stil nach Goebbelschem Muster und mit hakenkreuzerischen Mitteln, mit dem Gelde der Unternehmer in skrupellosster Weise geführt. Die Verleumdung und Verunglimpfung der Führer und Funktionäre der Sozialdemokratie feierte Orgien. Es war ein ungleicher Kampf, den wir auf ungünstigstem Terrain zu bestehen hatten. Der Sozialdemokratie stehen nicht die Geldschätze des Unternehmertums zur Verfügung, nicht die Autosolonnen, sie muß es ablehnen, den Kampf mit demagogischen Mitteln zu führen. Zu erhaben sind die Ziele, um die sie kämpfen. Aus politischer Sauberkeit muß sie es auch ablehnen, sich gewissenloser läuflicher psychopathischer Subjekte, die zu Henleins Propagandisten sich gesellen — für das Geld der Unternehmer. Ihr Stand nicht wie Henlein die wohlfeile Bürgerpresse zur Verfügung, die der politischen Konjunktur Rechnung tragend, oder auch die Fähigkeit zur sachlichen Beurteilung verloren hatte, ihre Giftspitze gegen die Sozialdemokratie abköh.

Unsere Partei wird auch die kommenden Kämpfe allein bestehen müssen. Die von den Kommunisten propagierte Einheitsfront kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht realisiert werden. Die Organisationen unserer Partei sind in bester Ordnung. Der „Erdbeißer“, der bei den Landes- und Bezirksvertreterwahlen das vollendete, was kommen mußte, der die bürgerlichen Parteien fast reiflos verdrängte, konnte das feste Gefüge unserer Organisationen nicht lockern. Schulen wir unsere Vertrauensleute systematisch in unserem Geiste, sie werden dann um so leichter in der Lage sein, in den irreführenden Massen, die heute hin und her pendeln, das Klassenbewußtsein

Gesamtdemission überreicht Malypetr mit der Neubildung beauftragt

Prag. Nach der offiziellen Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch die Wahlkommission beschloß die Regierung in dem am Dienstag vormittag stattgefundenen Ministerrat nach Erledigung der Tagesordnung die Demission. Der Vorsitzende der Regierung wurde beauftragt, dem Präsidenten der Republik das Demissionsgesuch der Gesamtregierung zu übermitteln.

Malypetr fuhr nach Lona und überreichte dort dem Präsidenten die Demission, die dieser annahm. Der Präsident betraute den Ministerpräsidenten und die übrigen Minister mit der Leitung der Geschäfte bis zur Ernennung der neuen Regierung und ersuchte den Ministerpräsidenten, ihm den Vorschlag über die Zusammenetzung der neuen Regierung zu unterbreiten.

Die Demission wurde dem Präsidenten durch folgendes Schreiben Malypetr's unterbreitet:

Prag, den 28. Mai 1935.

Herr Präsident,

mit der Durchführung des zweiten und dritten Struktionsjahres des zweiten und dritten Struktionsjahres gestern die von der Regierung nach der Auflösung der Nationalversammlung verfassungsgemäß angeordneten Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften abgeschlossen.

Mit Rücksicht darauf beschloß die Regierung in ihrer heutigen Sitzung, ihre Demission einzubringen.

Ich erlaube mir, Ihnen, Herr Präsident, von diesem Befehl Mitteilung zu machen.

J. Malypetr m. v.
Vorsitzender der Regierung.

Der Präsident der Republik nahm die Demission mit folgendem Handschreiben an:

Lona, 28. Mai 1935.

Herr Vorsitzender der Regierung,

ich nehme die Demission der Regierung an und betraue Sie und die übrigen Minister mit der Leitung der Regierungsgeschäften, solange die neue Regierung nicht gebildet sein wird.

J. Malypetr m. v. I. G. Masaryk m. v.

Pakt mit Rußland genehmigt

Im letzten ordentlichen Ministerrat erstattete der Minister des Außenwesens einen ausführlichen Bericht über die letzte Tagung des Völker-

Die Schweiz am Scheidewege

Vor der Volksabstimmung über die „Kriseninitiative“

Am kommenden Sonntag wird die Bevölkerung der Schweiz zu einer Entscheidung an die Wahlurnen gerufen werden, die von allergrößter Wichtigkeit für die weitere politische und gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz ist. Die Schweizer sollen zur Demokratie sein. Die Schweizer sollen der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften eingetragene „Kriseninitiative“ abstimmen, die, wie es der Schweizer Sozialistenführer Grimm dem Sinne nach formuliert hat, den sozialen Aufgaben der Schweizer Bundesverfassung mit wirklichem Inhalt erfüllen soll. Die „Kriseninitiative“, die auf

breiter konstruktiver Grundlage die Einziehung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess und die allgemeine Besserung des ökonomischen Standards der Massen zum Ziele hat, wird von den Reaktionsären aller Schichten wütend und überaus demagogisch bekämpft; die Bourgeoisie malt als Folge der Annahme der „Kriseninitiative“ eine Inflation an die Wand! Trotzdem ist die Bourgeoisie nicht einig.

Nicht unbeträchtliche Teile des linken Bürgertums sowie starke Gruppen der oppositionellen Jungbauern sympathisieren mit der „Kriseninitiative“ und stehen in Fronde gegen ihre Parteileitungen, die die Lösung ausgeben haben, den sozialen Aufbauplan der Sozialisten abzulehnen.

Nach den leidenschaftlichen Debatten des Ait und Wider sieht man dem Resultat der Abstimmung mit größter Spannung entgegen.

Die Quorulanten

stalt nun, da alles vorüber ist, über ihre Leistungen im Wahlkampf schamhaft zu schweigen, legen ihren Feldzug gegen Sozial und Faschisten fort. Der Umstand, daß Herr Székely dem Herrn Kosska ein Senatsmandat geschenkt hat, bietet dazu einen willkommenen Vorwand. Die „Bohemia“ schreibt:

„Durch die Uebertragung des Senatsmandates an ihn werden alle Anstrengungen hinfällig, die wir machen wollten, daß die Beteiligung der DAW an den Wahlen im Rahmen des Sudestendeutschen Wahlbündels und der ungarischen Parteien von vornherein aussichtslos gewesen sei.“

Daß Anstrengungen etwas wissen, ist an sich interessant und aller Anerkennung wert und selbst die „Bohemia“ darf von diesen armen Anstrengungen nicht auch noch verlangen, daß sie den Durchfall der Landwähler im Senat voraussehen sollten. Nur dadurch nämlich ist der Liste der Ungarn und des Wahlbündels ein unerhofftes Mandat im dritten Stutinium zugeteilt, das die ungarischen Christlichsozialen, da es ja nicht aus ihnen, sondern aus den Stimmen des Bundes der Landwirte stammt, bereitwillig dem Herrn Kosska überließen. Was für ein Argument dieser unvorhersehbare Zufall gegen Leute sein soll, welche die Wahl des Herrn Kosska nicht für wahrscheinlich gehalten haben, ist nicht zu verstehen. Aber die „Bohemia“ legt anscheinend keinen Wert darauf, von vernünftigen Menschen verstanden zu werden. Sonst könnte sie nicht fortfahren:

„Das Wahlbündnis wurde der DAW durch die Einführung des Quorums aufgeschwungen.“

Wenn man umhättert, findet man in derselben „Bohemia“, daß die DAW bei ihrer sogenannten selbständigen Kandidatur in die böhmische Landesvertretung ganze 17.484 Stimmen erhalten hat. Und danach wagt die „Bohemia“ noch immer zu behaupten, daß die DAW durch das Quorum (!) an der selbständigen Kandidatur verhindert worden sei! Das ist doch wohl eine geradezu gigantische Dreifachheit!

Es ist bezeichnend, daß gerade die deutschen Sozialdemokraten, die die Ritterantwortung für diese Bestimmungen tragen, diese Wahlgemeinschaft zu einer leidenschaftlichen Kampagne gegen die DAW ausnützte, wobei sie vorzüglich alle Möglichkeiten unterfuchte, die sich für die DAW ergeben konnten.“

Das Blatt, das beharrlich und wider besseres Wissen die Tatsache verleiht hat, daß das verlästerte Quorum mit der Erlangung eines Grundmandates überhaupt nichts zu tun hat, sondern nur für die Zulassung für das zweite Stutinium gilt, das Blatt, das vorzüglich verschwiegen hat, daß die neuen Bestimmungen der Wahlordnung die Erlangung eines Mandates sogar erleichtern, indem sie nicht die Erzielung der Wahlzahl, sondern bloß von 20.000 Stimmen in einem Wahlkreis zur Voraussetzung dafür machen, was den Landwählern und Christlichsozialen buchstäblich das parlamentarische Leben gerettet hat. Dieses Blatt wagt andere der — „Unterfuchung“ zu bezichtigen! Was ist denn geschehen? Wir haben im Wahlkampf behauptet, daß wir die Wahlausichten des Herrn Dr. Kosska nicht übermäßig hoch einschätzen und der Meinung sind, daß die DAW-Anhänger mit ihren Stimmen einem Reaktionsäre des böhmischen Wählens zu einem Mandat verhelfen dürften. Daß es nicht einmal dazu langen wird, haben wir nicht gewagt. Die „Bohemia“ aber wird, wenn es ihr gelingen sollte, ihre Aufregung etwas zu dämpfen, sicherlich darauf kommen, daß Herr Dr. Willo Kosska kein Abgeordneter geworden ist. Worin sich ergibt, daß auch noch unsere „Ausstreunungen“ wesentlich zuverlässiger sind als tatsächliche Behauptungen der „Bohemia“.

„Starke Regierung gegen die Heimatfront“

„Ceské Slovo“ zum Wahlausgang

Das „Ceské Slovo“ schreibt in einer Betrachtung über das Ergebnis der Landes- und Bezirkswahlen im deutschen Lager:

Das Wackeln der Stimmen der Koalitionsparteien zeigt noch eine andere Forderung der Wählerchaft: daß in der Republik eine starke Regierung gegen die Heimatfront sei. Die Nationalsozialisten haben vor dieser Gefahr lange genug gewarnt, sie verlangten die Auflösung der Heimatfront, solange es Zeit war. Das sind Tatsachen, deren sich der Wähler erneut bewußt wurde und deshalb hat er in einem solchen Maße dem Nationalsozialismus Vertrauen entgegengebracht. Ueberführen wir das Verlangen der Wählerchaft in politische Praxis. Das bedeutet eine gute Besetzung des Innenministeriums, dem der staatliche administrative Apparat untersteht, dem es zukommt, auf die Sicherheit der Republik zu achten. Wenn die Staatsverwaltung in Ordnung sein wird, wird jede Gefahr wie der Frühlingsschnee gerinnen. Es kann kein Streit darüber sein, daß in dieser Hinsicht bedeutende Fehler und Irrtümer geschehen sind. Das Volk verlangt entschlossen ihre Abstellung und die bedingungslose Erfüllung der Gesetze. Nicht nur von Staatsorganen. Auch von der Heimatfront. Sich den Gesetzen der Republik unterordnen ist für sie der einzige Weg der Loyalität. Worte gelten nichts, Tatsachen müssen reden.

Schreckensabend in Amiens

Wolkenbruch und Orkan, Wasserhohe und Ueberschwemmung

Paris. Ueber Amiens und Umgebung ist Montag abends ein furchtbarer Wolkenbruch niedergelassen, der sich im Zusammenwirken mit einem Orkan streckenweise zu einer verheerenden Wasserhohe entwickelte. Die Wasserhohe nahm ihren Weg vom Südosten her direkt über Amiens und zerstörte Felder und Gärten und überschwemmte im Ru das ganze Gebiet zweie bis drei Meter hoch mit einer Flut von Wasser und Schlamm, die sich reißend auf Amiens und bewegte. Kurz vor dem Vorort Renancourt trafen Wasserhohe und Ueberschwemmungsflut auf eine Arbeiterfriedhof von etwa 15 Häusern. Türen und Fenster wurden eingedrückt, das Erdgeschöß überschwemmt und die Möbel durch die Wasserfluten davongetragen. Die aus dem Schlaf geschreckten Bewohner mußten sich auf

die Dächer retten. In den frühen Morgenstunden erreichte die Ueberschwemmungsflut den tiefer gelegenen Teil von Amiens. Dieser ist zwei bis drei Meter hoch von Wasser und Schlamm bedeckt. Der Schaden von Amiens gleicht einem See. Man fürchtet noch um das Schicksal von fünf Soldaten, die auf dem Schleichplatz untergebracht waren. Der Schaden ist gewaltig. In einer großen Bedere von Amiens sind die Gebäude und Lagerräume in einer Knöchelhöhe von etwa 900 Metern zwei Meter hoch überschwemmt. Der Schaden allein dieser Weberei wird auf 12 Millionen Franken geschätzt. Der Schaden an zerstörten Eisenbahnliesen, Wegen, Feldern, Häusern und Gärten ist zur Stunde nicht zu übersehen.

Tagesneuigkeiten

Bom Blij erschlagen

Aus Neuhäus wird berichtet: Während des sonnigen Gewitters in den späteren Nachmittagsstunden schlug der Blij in das Lokal des Gasthauses Neuwirth in Althütten bei Neubi-Strich ein, erschlug die Gastwirtin und verletzte einige Gäste. Während des Gewitters fielen im Gebiete von Runkel bis zu 40 Zentimeter Hagelkörner, die bis zum Montag liegen blieben.

Militär gegen streikende Bergarbeiter in Südafrika

London. Wie aus Lusaka berichtet wird, kam es in Ndola in Nordrhodesien zu blutigen Zusammenstößen zwischen eingeborenen Bergarbeitern, die einen Streik ausgerufen haben, und britischer Polizei. Im Mana-Bergwerk „muhte“ die Polizei mit Gummiknüppeln gegen Streikende vorgehen. Der Ernst der Lage wird dadurch gekennzeichnet, daß vier Transportflugzeuge mit Soldaten des nordrhodesischen Regiments in aller Eile nach dem Streikgebiet in Namib gefeiert worden sind.

Gegenstück in USA

New York. In der Stadt Canton (Staat Ohio) kam es bei einem Streik in einer dortigen Fabrik zu ersten Mordtaten. Bei den hierbei erfolgten Zusammenstößen wurden 25 Personen, darunter 15 Kinder, durch Schüsse verletzt. Ein Panzerauto, das von der Fabrik ausgefahren war, schoß auf alle Seiten. Nachdem das Panzerauto sich entfernt hatte, kam es zu einem Handgemenge.

Licht und Finsternis in Mexiko

Das neue . . .

Paris. Wie der „Matin“ aus Mexiko meldet, hat die Regierung beschlossen, eine bestimmte Anzahl von Kanonen einschmelzen zu lassen und aus ihnen 10.000 Pflugscharen zu erzeugen, die den Landwirten zu sehr ermäßigten Preisen geliefert werden.

und das alte Mexiko

Mexiko City. Der 19jährige Lehrer David Moreno Herrera, der seine Schüler nach dem neuen von der Regierung angeordneten Lehrplan zu unterrichten begann, wurde von Jarroco getötet.

Ein Räuberhauptmann als Polizeisekretär

Paris. In Grenoble wurde Montag ein Sekretär des Polizeikommissariates verhaftet. Es wurde festgestellt, daß er vor dem Eintritt in den Polizeidienst Führer einer gefährlichen Räuberbande war und als Polizeibeamter seine Gesellen beschützt hat. Der Verdacht legte ein Geständnis ab.

Deutsche Dichterworte. Dem Dichter des deutschen Bürgerturns, dem Nobelpreisträger Thomas Mann hat die Stadt Zürich aus Anlaß seines bevorstehenden 60. Geburtstages eine Feier bereitet, bei der auch der Gefeierte selbst das Wort ergriff, um der Schweiz zu danken, die er sich bei Anbruch der Hitler-Vorbereitung als neuen Aufenthalt gewählt hat. Er prius die Schweiz als „ein deutsches Land außerhalb Deutschlands“, das heute notwendig außerhalb stehe, weil es nicht für Verblödung, Verrohung und Verknöchtung sei, und dem die große Aufgabe zugefallen sei, „den deutschen Geist für eine bessere Zukunft aufzubewahren“. Angesichts dieser Dichterworte, die für alle Deutschen außerhalb des Dritten Reiches Geltung haben sollten, mühte das jüdenländische Bürgertum seine eigene Schande erkennen, — wenn es nicht die Reden eines Turnlehrers, der von einer gewissen Verblödung und Verknöchtung — nichts weiß, höher schätzen würde als Dichterworte.

Tagung der „Naturfreunde“ in Brünn. Am 29. 30. Juni und 1. Juli, findet in den Räumen der Rajaral-Volkshochschule in Brünn, die zweite Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Natur- und Volkskunde im L.-B. „Die Naturfreunde“ statt. Das Programm verzeichnet einen Begrüßungsabend, die eigentliche Tagung (Berichte, Neuwahlen), dann Museumsbesuche und Wanderungen. Die Tagung wird von einer reichhaltigen Ausstellung mit Arbeiten von Naturkundlern, Photos, Präparaten, Sammlungen, Ananien, Skizzen, Diagrammen etc. begleitet werden.

Ein hitziges Familiendrama ereignete sich Dienstag morgens in Petřalka (Stotwalei). Infolge Familienzwistigkeiten gab der 29jährige Arbeiter Rudolf Wale zwei Revolverkugeln auf seine Frau ab, die ohnmächtig zu Boden fiel. Sodann wandte Wale die Waffe gegen sich selbst und erschloß sich. Seine Frau wurde in erstem Zustand auf die Klinik geschafft.

Irrenfinniger Bettler mordet ein Kind. In dem Dorf Pettenbach bei Kirchdorf (Obersösterreich) ereignete sich vergangenes Sonntag eine ungewöhnliche Mordtat. Auf dem Gut Jelleneiner kam ein Landstreicher und hat um ein Mittagessen. Da das Essen noch nicht fertig war, forderte die Bäuerin die Dienstmagd auf, Obst und Fleisch zu bringen. Als die Dienstmagd dem Landstreicher das Fleisch mit dem Brot brachte, begann sie diesen plötzlich mit Steinen zu bewerfen. Er schlug mit Steinen alle Fensterscheiben des Gutes ein, padie den zehnjährigen Sohn des Bauern, schleppte ihn etwa 50 Meter weit und schlug ihn mit Steinen in den Kopf, bis das Kind zu Boden sank. Dann ergriff der Landstreicher die Flucht, während unterdessen das unglückliche Kind verblühte. Die Mutter verlor beim Anblick des Söhnchens das Bewußtsein. Der Tat ist ein gewisser Adolf Weizelbauer aus der Gemeinde Molin verdächtig, der vor einiger Zeit aus der Irrenanstalt entlassen worden war.

Ein polnisches Dorf niedergerannt. In einem Dorf in der Nähe von Tomaszow im Lubliner Bezirk griff ein in einem Bauernhaus ausgebrochenes Feuer infolge des herrschenden Windes derart rasch um sich, daß das ganze aus 30 Wirtschaften bestehende Dorf niederbrannte.

Eine schwierige Landung des „Graf Zeppelin“. Die Radiostation in Casablanca hat am Montag um 20 Uhr eine radiotelephonische Depesche aufgenommen, die vom deutschen Luftschiff „Graf Zeppelin“ ausgesendet wurde, das sich zu dieser Zeit in der Nähe von Larache in spanischer See infolge eines Motordefektes in Schwierigkeiten befand. Das Luftschiff ist aber in Larache ohne Unfall um 21 Uhr gelandet.

Die historische Mühle von Düppeln ist in der Nacht zum Dienstag durch ein Großfeuer vollkommen vernichtet worden. Das in der Nähe liegende Mühlenhaus, in dem sich ein Museum mit Erinnerungsgegenständen an den Krieg von 1864 befindet, konnte gerettet werden. Wie die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ wissen will, ist nach Ansicht der Polizei mit der Möglichkeit einer Brandstiftung zu rechnen. (Die Gemeinde Düppeln in Holsien war bis zu dem Schleswiger Kriege im Jahre 1864 eine Festung Dänemarks gegen Preußen. Die preussischen Truppen eroberten sie in diesem Kriege nur unter großen Verlusten. Nach dem Weltkrieg fiel die Gemeinde Düppeln mit dem übrigen Sonderburger Kreise wieder an Dänemark zurück.)

Die Europäisierung der Türkei. Die Nationalversammlung in Ankara nahm ein Gesetz an, durch das an Stelle des Freitag der Sonntag als Ruhetag eingeführt wird. Weiter wurde die englische Woche angenommen.

Barrikaden in einer rumänischen Dorfkirche

Zwei Todesopfer eines Religionstampfes — Die Kirche demoliert

Bukarest. Das Innenministerium teilt mit: In dem Dorf Cucova im Bezirke Putna verbarrikadierten sich schon vor einigen Tagen achtzig Bauern, die der Einführung des neuen Kalenders, in der Ortskirche und in der Kirche zwei ihrer Gefährten schwer, die die Kirche verlassen wollten. Die Vertreter der örtlichen Behörden, die einschreiten wollten, wurden mit einem Steinhagel empfangen. Da auch die Intervention des Staatsanwaltes des Bezirkes, der Gendarmerie zu Hilfe rief, erfolglos blieb,

Der und gebrant . . . In Forzheim fand die Hochzeit eines SS-Scharführers nach „germanischem Brauch“ statt. Das Mittelpunkt des in einem kleinen Saal stattfindenden Zeremoniells bildete der „Ehrlich“, den zwei verbrannte „Menschenrunden“ zierten. Auf dem Tisch lag ein gelbes Sonnenrad aus Blumen auf blauem Grunde. Links und rechts hängen Fackelträger, hinter dem Tisch befand sich ein Kammendecken und das Rednerpult. Ein „Vertreter des neuen Brauchs“ hielt die Weisrede, die das Eddalich von Helgi und Sigrun zugrunde legte. Die Weisrede war umrahmt von Sprechchören. Dann wurde dem Brautpaar in silbernen Schalen „lebende Erdkraft“ (auf deutsch Brot) und „als Sinnbild der Keilheit gereicht. Zum Schluß erhielten die nach germanischem Brauch — mit zitierten wörtlich — „Gebräuten“ (das soll wohl von Braut bekommen und hat beileibe nichts mit Bierbrauen zu tun) die Ehreinge.

Die russischen Eisenbahnkatastrophen. In der Station Schidor an der russischen Südbahn ereignete sich ein Eisenbahnunfall, der vom Lokomotivführer verschuldet wurde. 27 Passagiere des von Kojnow nach Charkow fahrenden Zuges kamen zu Tode, davon vier schwer.

Freimaurer verdrängen im Dritten Reich. Wie der Preussische Pressedienst mitteilt, wurde der Auflösungsbeschluss einer Reihe von Freimaurerlogen genehmigt. Ministerpräsident Göring habe durch einen Erlass ein „Verfahren“ zur freiwilligen Auflösung der Freimaurerlogen angeordnet, von dem verschiedene Logen bereits „Gebrauch gemacht“ haben.

Für ein Hafat zur Erobganda des Touristen (ent. Bäder-) Verkehrs schreibt das Handelsministerium im „Anstaltsblatt für die EZH“ vom 28 Mai 1935 die Lieferung von Entwürfen aus. Die Offerte einreichungsfrist endet am 11. Juni 1935 10 Uhr. Die Ausschreibungsbedingungen und das Offertormular sendet Interessenten die Wirtschaftsverwaltung des Handelsministeriums gegen Einsendung von 10 B. — per Exemplar.

Bermihte Freidallons. Am Sonntag starteten in Thoren zu einem Meeting von Freidallons ein Ballons, von denen drei bermihte wurden. Sie haben sich offenbar in die dichten Wälder von Karpaten und Thoren verfliegen. Die übrigen neun Ballons landeten glatt. Zwei von ihnen legten eine Strecke von 600 Kilometern zurück und gingen in der Holzwirtschaft Stanislaw nieder.

Die Familie des entführten neunjährigen Werner Weverhäuser in Taroma (USA) hat die Arbeitsbeamten gebeten, sich zurückzuziehen, um den Entführern jede Gelegenheit zu geben, den Knaben unversehrt zurückzubringen. Den Eltern ist ein Brief ausgegangen, der genaue Anweisungen für die Zahlung von 20.000 Dollar Lösegeld enthält. Die Zahlung wird innerhalb von fünf Tagen gefordert. Die Familie versucht nun, mit den Entführern in Verbindung zu treten.

Das Dorf der Knaben. In einem kleinen Dorf in Essex (England) pflegt eine Mutter, wenn sie ein Kind erwartet, zu sagen: „Ich weiß, es wird ein Junge“. Es ist das kleine Dorfchen Dunton, fünf Meilen südlich von Brentwood. Kaum daß dem Jungem dort noch ein Mädchen geboren wird. Während der letzten 14 Monate sind dort 29 Geburten registriert worden, 28 der Babies waren Knaben, ein einziges war ein Mädchen. Niemand kennt den Grund. Die Ärzte und Hebammen sind gerade so erstaunt wie die Mütter selber. Mütter, deren Kinder der Mädchen waren, als sie in London lebten, gebären, als sie in Dunton wohnen, Knaben. 28 Jungen, ein Mädchen. Es scheint, als ob in diesem Ort das Frauenüberschuss-Problem durch die Zeit gelöst werden wird, wenn diese Generation heran gemachten sein wird. Also, Vorsicht, auf nach Essex! Eine große Entdeckung liegt auf der Straße.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Donnerstag

Frank: Sender 2: 7.00 Konzert aus Karlsbad. 8.50 Tamburizzen-Ensemble. 13.50 Deutsche landwirtschaftliche Sendung. 14.30 Deutsche Sendung: Uebertragung aus dem Neuen Deutschen Theater: Die Meinhäcker, komische Oper von Weidl. 17.00 Militärkonzert. 18.50 Deutsche Presse. 20.05 Uebertragung aus dem Theater D 35: Der Krieg. 21.00 Erchesterkonzert. 22.25 Jazzorchester. — Sender 3: 14.30 Deutsche Sendung: Heitere Hörspiele mit Musik. — Brünn: 9. — Ukrainischer Hofengesangsverein. 16.00 Wie man sich anno dazumal amüsierte. 18.50 Deutsche Sendung: Peterles Rundfahrt. — Mähr.-Odrau: 17.50 Deutsche Sendung: Personenzug 19.17 Uhr. Hörspiel. — Kufstein: 12.15 Orchesterkonzert.

